

„Kroato-serbische Koalition“ und Habsburgermonarchie: Entfaltung und Scheitern des frühen „Jugoslawismus“

Von GÜNTER SCHÖDL (Erlangen)

Mathias Bernath zum 70. Geburtstag

Für die kroatische und serbische Politik im Rahmen der Habsburgermonarchie¹⁾ stellte der Anfang des 20. Jahrhunderts, genauer die Jahre 1900–1903, den Auftakt einer neuen Entwicklung dar. Dies zum einen auf außenpolitisch-reichspolitischer Ebene: Ereignisse wie die sich zuspitzende Auseinandersetzung zwischen ‚Wien‘ und ‚Budapest‘ und — jedenfalls im Jahre 1903 — die Entfremdung Serbiens von der Donaumonarchie schufen neue Möglichkeiten südslawischer Politik. Zum anderen kam es in Kroatien-Slawonien und Dalmatien um das Jahr 1903 zu einem regelrechten Politisierungsschub²⁾: Im Zusammenhang mit dem krisenhaft beschleunigten sozialen

¹⁾ An dieser Stelle können nur einige wenige Darstellungen neueren Datums hervorgehoben werden. Neben den grundlegenden Arbeiten von Jaroslav Šidak — u. a. *Kroz pet stoljeća hrvatske povijesti*. Zagreb 1981 — und Mirjana Gross — u. a. *Počeci moderne Hrvatske*. Zagreb 1985; *Povijest pravaške ideologije*. Zagreb 1973 — seien noch einige westsprachliche Untersuchungen genannt: Wolfgang Kessler, *Politik, Kultur und Gesellschaft in Kroatien und Slawonien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. München 1981; Wolf D. Behschnitt, *Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830–1914*. München 1980; Horst Haselsteiner, *Die Serben und der Ausgleich*. Wien et al. 1976 und Klaus-Detlev Grothusen, *Urbanisierung und Nationsbildung in Jugoslawien*, *Südostforschungen* 40 (1981), S. 62–80. Weitere Literaturangaben und Quellenhinweise finden sich in Günter Schödl, *Kroatische Nationalpolitik und „Jugoslawenstvo“*. München 1990.

²⁾ Zur Vorgeschichte (I) sowie zum südslawischen und zum überregionalen Gesamtzusammenhang (II) vgl. u. a. ad I Nikša Stančić, *Hrvatska nacionalna ideologija preporodnog pokreta u Dalmaciji*. Zagreb 1980; Karl Kaser, *Freier Bauer und Soldat*. Graz 1986; Dragutin Pavličević, *Narodni pokret 1883 u Hrvatskoj*. Zagreb 1980 und Rene Lovrenčić, *Geneza politike „novog kursa“ u Hrvatskoj*. Zagreb 1972; István Dolmányos, *A koalíció az 1905–1906. évi kormányzati válság idején*. Budapest 1976. Ferner ad II Die Habsburgermonarchie von 1848 bis 1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch. Band III/1.2. Wien 1980 (hier besonders die Beiträge von Arnold

Wandel stellten in der Banovina politische Unruhen das scheinbar unerschütterliche „System *Khuen*“ in Frage; außerdem traten im dalmatinischen Landtag kroatische Abgeordnete mit dem Bekenntnis zu einem „Neuen Kurs“, d. i. zur Zusammenarbeit von Kroaten, Serben und Italienern gegen den „dualistischen“ Status quo, hervor. Von Erfolgen und Niederlagen, von Entfaltung und Scheitern dieses frühen „Jugoslawismus“ wird im folgenden die Rede sein.

I

Diese Entwicklung erreichte mit dem Zustandekommen der „Kroato-Serbischen Koalition“³⁾ (*Hrvatsko-Srpska Koalicija*, im folgenden: *KSK*) einen Höhepunkt, — „jugoslawische“ Politik gelangte im Verlaufe des Jahres 1905 auf eine neue Ebene programmatischer Profilierung und reichspolitischer Relevanz. Unter dem Eindruck des innenpolitischen Umbruchs in Ungarn zwischen der Wahlniederlage *István Graf Tizsas* im Januar dieses Jahres und den Anfängen des neokossuthistischen Kabinetts *Wekerle* im April 1906 duldeten die teils von Vormärz und 1848/49 herrührenden, teils seit der Jahrhundertwende formulierten Fragen von Programm und Strategie kroatischer Nationalpolitik keinen weiteren Aufschub mehr. Die bis an den Rand des Kriegszustandes heranreichende Zuspitzung der schon lange schwelenden Spannungen zwischen Krone und ‚Budapest‘ erweiterten — so mußte es bis zur Kompromißfindung im Frühjahr 1906 scheinen — mit einem Schlag den Spielraum kroatischer und serbischer Politik in der Monarchie ganz erheblich.

Als Hauptstandpunkte dieser nationalpolitischen Richtungsdiskussion können folgende drei Konzepte skizziert werden: zunächst (1.) als Mehrheitsauffassung der kroatischen Politiker in der Banovina das Ziel, endlich die — auch nach *Khuens* Sturz 1903 fortbestehende — „*Khuenovština*“, die magyarische Dominanz, zu beseitigen, — und zwar durch Zusammenarbeit mit der Krone; eben letztere aber sahen (2.) die Konnationalen im cisleithanischen Dalmatien als Hauptgegner an: den angestrebten Zusammenschluß Dalmatiens mit Kroatien-Slawonien hielten sie am ehesten als Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit der magyarischen Habsburgfronde für möglich; einer eher skeptisch-resignativen Empfehlung (3.) zufolge hätte man

Suppan, Dimitrije Djordjević und Janko Pleterški). Siehe auch Mathias Bernath, Die Südslawen, in: Die Welt der Slawen. Hrsg. von Hans Kohn. 2 Bde., 1. Bd. Frankfurt, Hamburg 1960, S. 209–287; Holm Sundhausen, Geschichte Jugoslawiens. Stuttgart et al. 1982 und Edgar Hösch, Geschichte der Balkanländer. München 1988.

³⁾ Dazu Mirjana Gross, *Vladavina Hrvatsko-Srpske Koalicije 1906–1907*. Beograd 1960; Ivo Perić, *Ante Trumbić na dalmatinskom političkom poprištu*. Split 1984; Brian Th. O’Connell, *Croatian Politics and Political Parties 1905–1910*. 2 Teile. Univ. of Washington (masch.) 1968.

erst den Ausgang des Ringens zwischen ‚Wien‘ und ‚Budapest‘ abzuwarten gehabt, — dies bedeutete also auch eine Absage an die trialistisch-„großkroatischen“, gegen Ungarn gerichteten Ambitionen, die vor allem im Mai 1905 in Nordkroatien viel Anklang fanden. Die Bemühungen um zunächst innerkroatische, sodann auch kroato-serbische Solidarisierung schritten gleichzeitig fort: so gelang am 26./27. April 1905 in Split die Fusion („Kroatische Partei“/*Hrvatska Stranka*) der rivalisierenden dalmatinisch-kroatischen Richtungen von National- und Rechtspartei (*Narodna Stranka* und *Stranka Prava*). Im Herbst 1905 schließlich kam es am 3. Oktober bei einer Konferenz aller oppositionellen Gruppierungen der Kroaten — außer denjenigen um *Josip Frank* und *Stjepan Radić* — in Rijeka zur „Resolution von Rijeka“⁴⁾, deren Grundsätze nunmehr der kroatischen Politik die Richtung vorzugeben begannen⁵⁾.

Weitgehend in jenem nationalpolitischen, „resolutionistischen“ Rahmen bewegten sich weitere organisatorische und programmatische Teilschritte der Zusammenfassung und politischen Mobilisierung des südslawischen Potentials in der Habsburgermonarchie. Ohne daß die Resolution von Rijeka geradezu nationalpolitisch-revolutionär oder inhaltlich ausgesprochen neuartig gewesen wäre — in wichtigen Belangen stellte sie eine nochmals abgeschwächte Fassung der ihrerseits ja schon kompromißhaften Vereinbarungen zwischen *Ante Trumbić* und *Ferenc Kossuth*⁶⁾, d. i. kroatischer und magyarischer Opposition, vom April 1905 dar —, hat sie doch als wichtiges programmatisches Signal und politisch-parlamentarisches Initialereignis von kroatischer Nationalpolitik und „Jugoslawismus“, von Genesis der „jugoslawischen“ Staatsbildung und Auflösung der Habsburgermonarchie zu gelten.

Ihre tatsächlich mobilisierende Wirkung wurde durch gleichzeitige Verschärfung der Reichskrise⁷⁾ angesichts der Wiedereinsetzung des Kabinetts

⁴⁾ Deutschsprachige Übersetzung des Resolutionstextes bei Leo von Süderland (d. i. Ivo Pilar), *Die südslawische Frage und der Weltkrieg*. Zagreb 1944², S. 673–675. Vgl. Frano Supilo, *Politika u Hrvatskoj*. Zagreb 1953², S. 317 f.

⁵⁾ Zu Inhalt und nationalpolitischer Bedeutung der Resolution: Schödl, *Kroatische Nationalpolitik*, Kap. IV/3. Zum ereignisgeschichtlichen Ablauf im einzelnen: Lovrenčić, *Geneza*, u. a. S. 292–300; O’Connell, *Croatian Politics*, Kap. III und IV sowie — aus der Sicht des beteiligten Zeitgenossen — die engagierten Darstellungen von u. a. Franko Potočnjak, *Iz mojih političkih zapisaka*. Zagreb 1914 und Stjepan Zagorac, *Istina o Riečkoj Rezoluciji ili Tko vara narod?* Zagreb 1905.

⁶⁾ Dazu Schödl, *Kroatische Nationalpolitik*, IV/3 (mit Text).

⁷⁾ Vgl. Wilmer H. Paine, Jr., *The Hungarian Constitutional Crisis of 1905–1906*. Diss. Univ. of Washington 1972; Dolmányos, *Koalíció*, und József Kristóffy, *Magyarország Kálváriája*. 2 Bde. Budapest 1928², bes. 2. Bd., S. 509 f., 524–536, 585 ff. (aus der Perspektive der Regierung *Fejérváry*).

Fejérváry durch die Krone am 16. Oktober, durch erneute Verschärfung des deutsch-tschechischen Gegensatzes und durch große Demonstrationen für eine Reform des Wahlrechts besonders in den beiden Hauptstädten erheblich verstärkt. Trotz diverser Rücksichtnahmen auf die Großmachtambitionen der potentiellen magyarischen Partner und auf gewisse serben- und jugoslawismuskritische Einstellungen besonders in Nordkroatien läßt die Resolution von Rijeka Grundlinien einer beabsichtigten nationalpolitischen Initiative erkennen: zwar verneinte man den staatsrechtlichen dualistischen Status quo nicht grundsätzlich und verzichtete auf konsequentes Einklagen vollständiger, jugoslawistisch verstandener Selbstbestimmung. Aber immerhin stieß man vor zum Postulat der „Wiedervereinigung“ Kroatien-Slawoniens mit Dalmatien und der kroatischen Selbstbestimmung im Rahmen der Verständigung mit der neokossuthistischen Opposition in Ungarn. Über die Resolution von Rijeka und eine darauf folgende Resolution von Zadar⁸⁾, in der die Repräsentanten der serbischen Politik in Kroatien-Slawonien und Dalmatien ihre Zustimmung ausdrückten, hinausgehend kam es am 14. November 1905 im dalmatinischen Landtag sogar zu einer gemeinsamen Erklärung des kroatischen und des serbischen Clubs, die ausgesprochen jugoslawistischen Zuschnitt aufwies: „Die Clubs der Kroatischen Partei und der Serbischen Nationalen Partei beharren auf dem Grundsatz, daß Kroaten und Serben eine Nation sind [Hervorhebung durch den Vf.], daß jede mit der anderen gleichberechtigt ist ... besonders werden sie sich mit vereinten Kräften bemühen, sobald als möglich die Einverleibung Dalmatiens in Kroatien und Slawonien zu erwirken, da dies die Hauptbedingung zur Sicherung einer besseren nationalen Zukunft dieser Länder ist“⁹⁾.

Später als im cisleithanischen Dalmatien, wo das Wirken u. a. von *Pero Čingrija*¹⁰⁾, *Frano Supilo* und *Ante Trumbić* die Entwicklung merklich beschleunigt hatte, kam es in Kroatien-Slawonien erst gegen Ende des Jahres 1905 zu korrespondierenden Schritten parlamentarisch-partecipolitischer Formierung einer „Vereinigten Opposition“ (*Koalirana Opozicija*). Es war hier vor allem das bisher dominierende *Khuen-Tomašić*-Lager, dessen dualistische und „magyaronische“ Orientierung seit dem Wegfall der unbedingten Rückendeckung durch das gestürzte ungarische Kabinett *Tisza* vermehrt österreichfreundliche Züge annahm. Zum anderen war es jene Strömung innerhalb der kroatischen Opposition, die in partieller Nachfolge des exklusiven kroatischen Nationalismus der *Starčević*schen „Rechtspartei“ (*Stranka Pra-*

⁸⁾ Text: Südl and, Südslawische Frage, S. 676 f. (in deutscher Übersetzung) und Supilo, Politika, S. 319.

⁹⁾ Text bei Südl and, Südslawische Frage, S. 678 f.

¹⁰⁾ *Dr. Pero Čingrija* (1837–1921), Bürgermeister von Dubrovnik sowie *Dr. Ante Trumbić* (1864–1938), Bürgermeister von Split und *Frano Supilo* (1870–1917) wurden als führende Repräsentanten von National- bzw. Rechtspartei zu Trägern des Neuen Kurses zunächst in Dalmatien.

va) weder die kroatisch-serbische noch die kroatisch-serbisch-magyarische Solidarisierungsinitiative der Resolutionisten zu ihrer Sache machte¹¹). Vor allem angesichts der in Banovina und Dalmatien unterschiedlich gearteten serbischen Minderheitsproblematik und — damit verbundener — Variantenbildung der Ideologie der Rechtspartei war es möglich, daß sich *Josip Franks* „Reine Rechtspartei“ (*Čista Stranka Prava*) trotz anderweitiger Differenzen doch zeitweilig gemeinsam mit *Stjepan Radićs* „Kroatischer Volkstümlicher Bauernpartei“ (*Hrvatska Pučka Seljačka Stranka*) und der klerikal-konservativen „Katholischen Nationalpartei“ (*Katoliška Narodna Stranka*) als nationalpolitische Alternative der Kroaten gegenüber dem Jugoslawismus der Resolutionisten artikulieren konnte. Hinzu kam, daß in der Banovina anders als in Dalmatien eben auch die negativen Erfahrungen mit magyarischer Dominanz als Hindernis für die promagyarische Taktik der resolutionistischen Nationalpolitik zum Tragen kamen. Ihre volle, spaltende Wirkung begannen derartige Gegensätze nationalpolitischer Programmatik — ihnen entsprach auch in der serbischen Minderheit der Banovina ein Dissens zwischen Resolutionisten um *Svetozar Pribičevićs* „Serbischer Nationaler Selbständigkeitspartei“ (*Srpska Samostalna Nacionalna Stranka*) und einem exklusiv-serbischen Nationalismus — aber erst im Verlaufe des Jahres 1908 zu entfalten, als mit dem eigentlichen Regisseur der resolutionistischen Politik, *Franjo Supilo*, auch der entschiedene Jugoslawismus und die neokossuthistisch-antidualistische Perspektive entscheidend an Bedeutung verloren.

Zunächst aber gelang es, in Kroatien-Slawonien das System *Khuen* zu überwinden und große Teile besonders der städtischen Bevölkerung zu mobilisieren. Ende 1905 wandte sich das am 19. Oktober in Zagreb gebildete „Zentrale Komitee“ (*Središnji Odbor*) mit dem „Dezembermanifest“ vom 12. Dezember, einem in sich geschlossenen Aktionsprogramm, an die Öffentlichkeit¹²). Diese Wahlkampfgrundlage unterschied sich bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung doch insofern von der Programmatik u. a. der Resolutionen von Rijeka und Zadar, als man das Recht auf nationale Selbstbestimmung und die Kritik am dualistischen Reichsaufbau nachdrücklicher formulierte; endlich stellte man auch entschiedene Forderungen nach konstitutionell-innenpolitischer und sozialer Reform. Anders als die konnationale Führung in Dalmatien, die ein ausgesprochen großbürgerlich-„altliberales“ Gepräge aufwies, bekannte man sich offen zum allgemeinen, gleichen Wahlrecht und zur ländlichen Sozialreform. Die Forderung nach Einheit und staatlicher Autonomie der „kroatischen Länder“, auch nach Revidierung des ungarisch-kroatischen „Ausgleichs“ von 1868 war — dies stellte eine Besonderheit dar — nicht abgemildert durch Einbettung in eine Bekräftigung der Allianz mit der magyarischen Opposition. Sie war auch nicht verbunden mit

¹¹) Zum folgenden: Schödl, Kroatische Nationalpolitik, Kap. III/3 und 4.

¹²) Dazu Potočnjak, Zapisaka, S. 57–62.

einem ausdrücklichen Bekenntnis zum Jugoslawismus, was wohl das in der Banovina stärker problembehaftete kroatisch-serbische Verhältnis widerspiegelte.

Insgesamt läßt das nationalpolitische Programm von „Neuem Kurs“ und resolutionistischer Politik seit 1903/1905 erkennen, daß es sich hier nicht ohne weiteres um kontinuierliche, nahtlose Weiterentwicklung des klassischen Jugoslawismus¹³⁾ in der Nachfolge von Vormärz/1848 und *Strossmayer/Rački* in Richtung auf eine jugoslawische Nations- und Staatsbildung handelte, auch nicht nur um das taktische Kalkül eines kroatischen Nationalismus, der eben Verbündete suchte. Vielmehr ging es zugleich, wenn auch nicht ausschließlich um die Zielsetzung bürgerlicher, im Zuge der wirtschaftlichen Modernisierung aufgestiegener Führungsgruppen, regionale wie auch gesamtstaatliche Hindernisse für die Entfaltung ihrer Interessendynamik zur Seite zu schieben. So wenig es berechtigt wäre, kroatische Frühformen des Jugoslawismus im Zeichen von Vormärz und *Strossmayer/Rački* als bloße Folgeerscheinung der Entstehung einer Bürgergesellschaft aufzufassen, so verfehlt wäre es wiederum, den tatsächlich hohen Anteil der Interessendynamik aufsteigender großbürgerlicher Gruppen an seiner resolutionistischen Intensivierung zu bestreiten, letztere nur als Ergebnis einer gewissermaßen selbsttätigen Entfaltung nationaler Entwicklungspolitik bzw. nur als politisch=ideologisches Ereignis zu deuten. Dieses Streben eines jungen Großbürgertums wiederum, sich aus der hinderlichen Einbindung in die dualistisch strukturierten Interessenzusammenhänge Cis- und Transleithaniens zu lösen, entwuchs seinerseits keineswegs einer vollständig durchgeformten Bürgergesellschaft, sondern einer weitgehend agrarisch geprägten Gesellschaft, die in den Städten kleinbürgerliche Charakterzüge zeigte. Insgesamt ließen weder nationalpolitische Programmatik noch politisch-parlamentarische Praxis oder Interessenanatomie der Kroaten und Serben einen grundsätzlich monarchiefeindlichen Irredentismus in der Art des schönerianisch=alldeutschen Nationalismus erkennen. Dieses Festhalten an kritischer, erst allmählich unter Druck geratender Loyalität lebte allerdings zum Teil auch *ex negativo*: trotz ihrer staatlichen Souveränität und innenpolitisch-gesellschaftlich südslawischen Signatur konnten Serbien und Montenegro zumindest bis zu den Balkankriegen 1912/1913 nur sehr begrenzte Sogwirkung auf die Südslawen in der Habsburgermonarchie ausüben. Dies einerseits wegen der patriarchalisch-chaotischen Verbindung von altserbischem Dominanzanspruch mit einem zurückgebliebenen Entwicklungsniveau. Andererseits

¹³⁾ Dazu u. a. Mirjana Gross, O ideolöskom sustavu Franje Račkoga, *Zbornik zavoda za povijesne znanosti Istraživačkog centra JAZU* 1(1979), S. 5–31 sowie Kessler, Politik in Kroatien und Slawonien; Behschnitt, Nationalismus.

„Kroato-serbische Koalition“ und Habsburgermonarchie

wegen der kroatisch-serbisch-muslimischen Auseinandersetzungen über das *de jure* noch osmanische Bosnien-Herzegowina.

Die KSK versuchte dagegen — trotz des Zögerns einerseits der Kroaten um *Frank* und *Radić*, andererseits der serbischen „Radikalen“ — das nationale Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Anfängliche Erfolge im folgenden Jahr schienen dies zu rechtfertigen. Freilich war das mit einer verhängnisvollen Korrektur des Verhaltens gegenüber dem magyarischen Partner verklammert: als die magyarische Opposition im Februar durch die Krone in die Knie gezwungen worden war und sich als Träger des neuen Kabinetts *Wekerle* (seit 8. April 1906) einer regelrechten „Gouvernementalisierung“ unterworfen hatte, war sie nicht mehr auf das Bündnis mit den Südslawen gegen die Krone angewiesen, — ja es wurde 1906/1907 immer deutlicher, daß die KSK sich ihrerseits um das Wohlwollen der Magyaren bemühen mußte. Die nationalpolitische Konsequenz war: kroato-serbische Forderungen nach wirtschaftlich-finanzieller Autonomie und nach der Reinkorporierung Dalmatiens waren kaum noch verhandlungsfähig. Angesichts der neokossuthistisch erneuerten Kontinuität von machtpolitischem Egoismus und Wirtschaftsnationalismus ‚Budapests‘ war die KSK schon bald gezwungen, sich mit moderater innenpolitischer Liberalisierung und begrenztem Elitenwechsel zu bescheiden. Außerdem mißlang der Versuch, den uneinheitlichen Gruppierungen der KSK im Februar 1906 in Gestalt eines „Vorstands der kroatischen und serbischen Gemeinschaft“ (*Starješinstvo hrvatske i srpske zajednice*) eine koordinierende Instanz nach dem Vorbild des tschechischen „Volksrats“ zu geben.

Dennoch errang die KSK am 3./5. Mai 1906 zunächst einmal einen überraschenden Sieg bei den Saborwahlen in der Banovina, der freilich eher als Versagen des Hauptgegners, der von *Tomašić* im Sinne *Khuens* geführten banalkroatischen Nationalpartei, zu charakterisieren wäre¹⁴). Ohne klare Mehrheit in dem am 9. Mai eröffneten Sabor setzte man immerhin zunächst einen spektakulären Machtwechsel gegen die Epigonen des magyarischen Systems *Khuen* durch. Schließlich schlug sich der Banus *Todor Graf Pejačević* am 29. Mai auf die Seite der KSK; am 25. Juli wurde eine resolutionistisch geprägte Landesregierung ernannt. Letztenendes aber sollte sich dies als bloßer Personenwechsel erweisen, — eine qualitative Aufwertung der kroato-serbischen Belange ließ das unzeitig-frühe Arrangement zwischen ‚Budapest‘ und Krone nicht mehr zu. Immerhin wurden die bisher charakteristischen Stilmittel magyarischer Herrschaft wie Korruption und Repression zurückgedrängt. Neues kroatisches und serbisches Selbstbewußtsein machte sich auf der Grundlage einer Art von Politisierungsschub nunmehr im parlamentarischen und gesellschaftlichen Leben bemerkbar. Darüber hinaus aber

¹⁴) Näheres siehe Gross, *Vladavina*, bes. S. 74–81.

sollten alle Bestrebungen politischer Selbstbestimmung und wirtschaftlicher Modernisierung am zentralistischen Wirtschaftsnationalismus und an der erneuerten Dualismusbindung ‚Budapests‘ abprallen.

Wie die Machtverteilung beschaffen, wie klein tatsächlich der Spielraum für kroatische und serbische Emanzipation war, führte der Verlauf der Wahlrechtsdiskussion jedermann vor Augen: die Krone konnte eine — für die öffentliche Resonanz der *KSK* unentbehrliche — Wahlrechtserweiterung, die sie ja gleichzeitig in Österreich zwischen Februar und Dezember 1906 durchführte und im Juli 1905 für Ungarn angekündigt hatte, ohne weiteres per Reskript untersagen — und dies anlässlich der Saboreröffnung! Im Verlaufe des Jahres 1907 wurde unübersehbar: unter den Bedingungen der konsolidierten neo-dualistischen Zusammenarbeit Ungarns mit der Krone konnte erneute nationalpolitische Initiative der Kroaten und Serben nur im Falle einer Reichskrise oder einer veränderten außenpolitischen Konstellation Sinn machen. Innerhalb der *KSK* wuchs demgemäß alsbald die Enttäuschung, — lauter wurden die, ohnehin nie ganz verstummen, banalkroatischen Kritiker des noch tonangebenden *Supilo*: man warf ihm vor, an einer überlebten, reichspolitisch sinnentleerten Kooperation mit der mittlerweile royalisierten magyarischen Opposition festzuhalten.

Im cisleithanischen Dalmatien wurde die resolutionistische Politik nicht unmittelbar mit diesem Bündnisproblem konfrontiert. Ein gewisser Domestizierungsdruck seitens der österreichischen Regierung war hier das eigentliche Problem. Die Führungstroika *Čingrija-Trumbić-Supilo* kam weniger wegen ihrer pro Budapest-Haltung, sondern wegen privater Rivalitäten und Interessenkämpfe in Bedrängnis.

Gerade in den Zentren des Neuen Kurses, in Split und Dubrovnik, verbanden sich derartige Auseinandersetzungen mit lähmenden Kontroversen elitärer Politikerzirkel über das „Für und Wider“ eines konsequenten Emanzipationsverlangens in der Tradition des kroatischen Jugoslawismus. Was Krone und Ungarn in Kroatien-Slawonien repressiv zu verhindern suchten, Wahlrechtsreform und wirtschaftliche Modernisierung, erwies sich dagegen hier im Vorfeld der Wahl zum Reichsrat als Mittel zur Isolierung des Neuen Kurses von seiner sozialen Basis. Es war eine i. g. S. „bonapartistisch“ anmutende Konzeption von Zuckerbrot und Peitsche, Reform und Repression¹⁵⁾, mit de-

¹⁵⁾ Zur Charakterisierung mittel- und osteuropäischer Phänomene von partieller „Modernisierung“ und korrespondierender Formen politischer Kultur u. a. Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit*. Berlin (W) 1967; *Moderne deutsche Sozialgeschichte*. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. Köln, Berlin 1968²; Michael Stürmer, *Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871–1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus?* Düsseldorf 1974; Alfred Ableitinger, Ernest von Koerber und das Verfassungsproblem im Jahre 1900. Wien et al. 1973; zu Überblick und Vergleich Günter Schödl, *Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890–1914*. Frankfurt et al. 1978, bes. S. 197–218.

„Kroato-serbische Koalition“ und Habsburgermonarchie

ren Hilfe das cisleithanische Kabinett *Beck* seine antiresolutionistische Reconquista eben jetzt in Szene zu setzen begann.

Die Niederlage des Neuen Kurses in Dalmatien bei der Reichsratswahl am 14./23. Mai 1907 und am 25. Juni der Rücktritt von Banus und Regierung in Nordkroatien markierten letztlich den Zusammenbruch der resolutionistischen Politik. Sie sorgte zwar weiterhin für eine gewisse Kontinuität der parlamentarischen Präsenz kroato-serbischer Solidarität, ebenso für das Fortwirken des politischen Mobilisierungs„schubs“ von 1903/1905. Dennoch waren nunmehr ihrer reichspolitischen Relevanz und ihrer Breitenwirkung enge Grenzen gezogen. Es kam weder zu einer dauerhaften schichten- und regionenübergreifenden Dynamik noch zu einer gefestigten kroatischen oder gar kroato-serbischen „Nationalbewegung“. Als im Oktober 1907 die neokosuthistischen Partner der Resolutionisten in die Verlängerung des Ausgleichs einwilligten, war dem antidualistischen, kroato-serbischen Protest der reichspolitische Boden unter den Füßen weggezogen.

Zwar konnte die KSK unter *Pribičevićs* pragmatischer Regie bis zum Ende der Monarchie eine führende Rolle im parlamentarischen Leben der Banovina wahren, — aber eben nur um den Preis einer Art jungmagyaronischer Metamorphose: man ließ sich im Zeichen der Annexionskrise weitgehend in jene systemstützende Funktion, die zu *Khuens* Zeiten die kroatische Nationalpartei innegehabt hatte, hineindrängen. Interessenbezogene Anpassungsbereitschaft sowie regionale Vielfalt politischer Elitenbildung und sozial-ökonomische Entwicklungsunterschiede begannen, sich zu einem anomischen „Pluralismus“ ohne nationalpolitisch-emanzipatorische, gleichermaßen sinngebende und disziplinierende „Zweckbindung“ zu verselbständigen. Jene reichspolitische Domestizierung resolutionistischer Politik seit 1907/1910, wie sie *Supilos* Weg über allmähliche Isolierung in der KSK, Hochverratsprozeß 1909 und Londoner Exil bis hin zum Selbstmord tragisch versinnbildlicht, ist letztlich in hohem Maße auf wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklungsrückstand und Ungleichzeitigkeit nationalpolitischer Mobilisierung als strukturellen Ursachen zurückzuführen.

II

Die Niederlagen des Jahres 1907 drängten den Neuen Kurs in einen Zustand politischer Defensive zurück — in ihm hatten sich Kroaten und Serben schon vor dem Durchbruch der „Kroatischen Partei“ 1903/1905 in Dalmatien und der Bildung der KSK-Regierung in der Banovina befunden. Auch zwischen 1907 und 1914 kam es nicht zur organischen Entfaltung einer kroatischen oder gar einer „jugoslawischen“ Nationalgesellschaft — nicht zur Formulierung einer zielbewußt-konsequenten „jugoslawischen“ Nationalpolitik. Zwar gab es während der Balkankriege Zeichen wachsenden südslawischen Zusammengehörigkeitsbewußtseins, aber es gelang nicht, das öffentliche Be-

wußtsein mit einer allgemein akzeptierten Vorstellung von nationaler Identität zu durchdringen. Die Erscheinungsvielfalt südslawischer nationaler Identität konnte nicht in eine homogene „politische Kultur“ des Jugoslawismus umgeformt werden. Die politische Dynamik des slawischen Südens erreichte nicht annähernd jenen reichspolitischen Einfluß wie Tschechen, Polen oder gar Magyaren. Von entscheidender Bedeutung für das Scheitern des Neuen Kurses dürfte das Verhalten der Bauernschaft gewesen sein. Die KSK konnte deren sozialreformerische Erwartungen nicht in nationalpolitische Dynamik umsetzen. So ließ das politische Verhalten der Bauern keineswegs eine eindeutig hervortretende Tendenz im Sinne „jugoslawischer“ Solidarisation erkennen. Sie wurden zwar mobilisiert: aber keineswegs stellten sie die genügend politisierte soziale Basis eines kroato-serbischen Einheitsstrebens dar.

In diesem Gesamtvorgang vielgestaltiger Politisierung kamen bildungsmäßig-kulturelle und wirtschaftlich-gesellschaftliche Faktoren zur Geltung, die nicht von einer ohne weiteres solidarisch wirkenden, sich gleichsam von selbst erfüllenden Vorstellung von nationaler Einheit und Selbstbestimmung geprägt waren. Zwei Ebenen des Politisierungsprozesses lassen sich — dies wäre noch näher zu untersuchen — u. E. voneinander unterscheiden¹⁶⁾. Zunächst diejenige der „jungen“ Eliten, die wegen ihres gemeinsamen Interesses an wirtschaftlich-gesellschaftlicher Entfaltung für südslawisch-nationale Solidarisation eingenommen waren. Sodann eine zweite, besonders in Dalmatien wichtige Ebene bäuerlicher Politisierung: auf ihr trat südslawischer Solidarisations- und Emanzipationswille nur als komplementäre Begleiterscheinung kollektiver Unzufriedenheit hervor.

Auf beiden Ebenen des Politisierungsprozesses waren es mehr oder weniger abgegrenzte partikuläre Gruppeninteressen, die nationale Integrationsdynamik antrieben. Dagegen waren Motive und Ziele des mittleren 19. Jahrhunderts als „goldener Ära“ des Jugoslawismus, desgleichen der nationalpolitische Grundlagenstreit zwischen kroatischem Jugoslawismus und exklusiv kroatischem Nationalismus verblaßt. Sie hatten offenbar ihr Vermögen, Menschen in Bewegung zu setzen, sie von politischen Zwecken jenseits ihrer alltäglichen Lebenswelt zu überzeugen, weitgehend verloren. Weder die Idee des klassischen „Jugoslavenstvo“ noch das Begehren kroatischer nationalistischer Machtpolitik taugten weiterhin als Struktur- und Bewegungsprinzip von Nationalgesellschaft und Nationalpolitik. Die Unterscheidung zweier Ebenen des nationalen Politisierungsprozesses dürfte im Falle Kroatien-Slawoniens, auch in demjenigen Bosniens und der Herzegowina schwieriger sein als bei Dalmatien. Aber letztlich ist überall zu beobachten, daß der soziale Abstand zwischen junger bürgerlicher Elite und bäuerlicher oder kleinbür-

¹⁶⁾ Zum folgenden: Schödl, Kroatische Nationalpolitik, u. a. Kap. II/4 und III/3.

„Kroato-serbische Koalition“ und Habsburgermonarchie

gerlicher „Masse“ vergrößert oder erst überhaupt geschaffen wird: auf der oberen, großbürgerlichen Ebene kroatischer Politik orientierte man sich schon nicht mehr an jenen Formeln der klassischen nationalpolitischen Grundlagendiskussion, mit denen man auf der anderen, der unteren Ebene noch kaum in Berührung gekommen war. Eine sozialökonomische Modernisierung, die nach Schicht und Region vielerlei Ausformungen erfuhr, fand nicht zu dynamisierendem, gemeinsamem Entfaltungsrhythmus mit den Vorgängen weltanschaulich-partecipolitischer Ausdifferenzierung. Die Postulate und Sentiments nationaler Integration jugoslawistischen Zuschnitts blieben ohne homogene „öffentliche Meinung“. Weder als Existenzbedingung politischen Handelns noch als subjektive „Infrastruktur“ kollektiven Verhaltens konnte sich eine politische Kultur entfalten, die jugoslawistisch geprägt gewesen wäre.

In der nationalpolitischen Wirklichkeit jener Völker, in denen am Vorabend des Ersten Weltkriegs besonders unter dem Eindruck wachsender internationaler Spannungen der Gedanke südslawischer Staatsbildung an Überzeugungskraft zu gewinnen begann, zeigte es sich unübersehbar: die jugoslawistische Integration an sich konnte gegenüber Vitalität und Egoismus der südslawischen Nationalismusvielfalt allenfalls als ergänzendes, als vermittelndes Konzept Bedeutung gewinnen. Dies galt selbst für ihren Einfluß auf die Entwicklung der kroatischen Länder. Zwar wuchs ihr hier von ihrer Genesis und politisch-gesellschaftlichen „Umwelt“ her eine qualitativ andere „Rolle“ zu als in den übrigen südslawischen Gebieten. Aber schon vor dem Ersten Weltkrieg war es zu einer „negativen“ Klärung der nationalpolitischen Situation gekommen: es sollte fortan nicht mehr möglich sein, kroatische nationale Identität in „jugoslawische“ Identität umzuschmelzen, kroatische Nationalpolitik durch das Ziel jugoslawischer Nations- und Nationalstaatsbildung regelrecht zu ersetzen. Trotz zeitweiliger Hinwendung von Teilen der jungen Generation zur Idee einer vollintegrierten jugoslawischen Nation hatte das *Jugoslavenstvo* bzw. serbisch *Jugoslovenstvo* nie jene Zugkraft erlangen können, die den nationalpolitischen Trend zum südslawischen Polyzentrismus hätte aufhalten können. Der Jugoslawismus, wie er sich in den kroatischen Ländern entfaltete, stellte insofern sicherlich keinen direkten Weg zu jenem „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ dar, das auf den Trümmern des habsburgischen Vielvölkerreiches entstehen sollte.

Dennoch wäre es verfehlt, das *Jugoslavenstvo* als historisch bedeutungslos einzuordnen¹⁷⁾. In gleichem Maße gilt dies für die Auffassung, bei dieser Variante südslawischer Nationalpolitik handle es sich um ein damals wie heute

¹⁷⁾ Zu neueren Varianten einer wohl „unendlichen Polemik“ vgl. u. a. die engagierte, zugleich auf Verwissenschaftlichung abhebende Stellungnahme von Mirjana Gross, *Ideja jugoslavenstva u 19. stoljeću i „dogmatski nacionalizam“*, *JIC* 20 (1975), S. 121–170.

ganz und gar wirkungsloses Konzept. Desgleichen unzutreffend ist die — meistens von tagespolitischer Motivierung bestimmte — These, es sei ein Charakteristikum kroatischer Politik zu allen Zeiten, weder zur nationalpolitischen noch zur wirtschaftlich-gesellschaftlichen „Moderne“, weder zu nationaler Selbstsetzung noch zu deren wirtschaftlich-gesellschaftlich-kultureller Fundierung imstande zu sein. Dieses alt-neue Argument aus dem Arsenal innersüdslawischer Konkurrenz begegnete in der politischen Tradition des Westens, besonders Deutschlands, als abwertender Hinweis auf eine angebliche Unfähigkeit der Völker Südosteuropas, zuweilen auch auf eine rassistisch vorgegebene Unfähigkeit „des Slawen“ überhaupt¹⁸⁾ zu Staatsbildung und Selbstbestimmung.

Einer solchen Einschätzung des Jugoslawismus gerade in der Phase des Neuen Kurses, überhaupt am Vorabend von Erstem Weltkrieg und Gründung des SHS-Staates seien an dieser Stelle nur einige wenige Hinweise entgegengehalten. Zunächst derjenige, daß der klassische Jugoslawismus des 19. Jahrhunderts als kroatische nationale Integrationsideologie wesentlich zur Festigung der nationalen Identität der Kroaten beigetragen hat, — in der Phase des Neuen Kurses außerdem zur Intensivierung von Massenpolitisierung und nationalpolitischer Selbstorganisation, darüber hinaus zur Politikfähigkeit einer begrenzten kroato-serbischen Solidarität.

Auch wenn dies alles verzögert, vielfach verformt und letztlich unvollendet geblieben ist, ja in erneute Unterwerfung unter den Dualismus mündete, — es kam doch zu einem Wandel von politischer Kultur, von politischer Praxis und kollektivem Verhalten, der als solcher nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte und sich zweifellos objektiv als Vorbereitung der späteren Staatsgründung auswirkte. Unter Existenzbedingungen, die kaum eine umfassende jugoslawische, insbesondere serbisch-kroatische, Integration und einen gemeinsamen nationalen Staat möglich erscheinen ließen, konnten sich die Motive von Annäherung wie auch Distanz gerade zwischen Kroaten und Serben im politischen Leben seit 1903 auf einer neuen Ebene entfalten. Impulse und Chancen, Grenzen und Gegenströmungen der jugoslawistischen Integration traten schärfer denn je hervor. Als konkurrierende und sich doch zugleich gegenseitig ergänzende Ziele kamen die pluralistische Behauptung nationaler und regionaler Identitäten sowie die Ausbildung eines Minimums an gemeinsamen Strukturen politisch-staatlicher und sozio-ökonomischer Art zum Tragen. Was dabei an politischer Praxis und politischer Kultur hervorgebracht wurde, wird man — nach westeuropäischen Maßstäben — sicherlich nicht ohne gewichtige Einschränkung als demokratisch bezeichnen können. Aber aus der Perspektive nationalen Autonomiestrebens als einem der konstitutiven Elemente der zeitgenössischen politischen Moderne ist es

¹⁸⁾ Dazu: Günter Schödl, Paul Samassa, in: idem, Formen und Grenzen des Nationalen. Erlangen 1990, S. 91–135, bes. S. 117–133.

dennoch schon vor 1914/1918 zu bemerkenswerten Fortschritten gekommen, — in den serbischen Territorien, in den kroatischen Ländern, im zersplitterten slowenischen Bereich auf je unterschiedliche Weise. Jeder Zweifel an politisch-kultureller und wirtschaftlich-gesellschaftlicher Autonomie, ‚fähigkeit‘ der südslawischen Völker hätte damit im Grunde schon zur Zeit des Ersten Weltkrieges — längst vor erneuten, für alle Beteiligten verhängnisvollen Bestrebungen exogener Bevormundung — als unberechtigt erkennbar sein müssen.

Gewicht und Vitalität südslawischen Autonomiewillens zu würdigen, seine nationale und regionale Vielgestaltigkeit als konstitutives Merkmal, nicht als Zeichen der Schwäche einzuschätzen, beides wiederum in den Gesamtzusammenhang politischer Binnen- und Außenbeziehungen zu integrieren, dürfte — gerade auch angesichts der gegenwärtigen neuerlichen Auseinandersetzung über Vielfalt und Einheit der Völker Jugoslawiens — zu jenen historiographischen Anstrengungen gehören, die in der Diskussion über föderative und zentralistische Strukturen des heutigen Jugoslawien, auch in derjenigen über seine Beziehung zur europäischen Integration zum Tragen kommen sollten.

Aus einer nicht in diesem Sinne anwendungsbezogenen Perspektive, aus dem Blickwinkel der vergleichenden Betrachtung des Nationalen ist das Phänomen des Jugoslawismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges ebenfalls nicht ohne weiteres durch einen Hinweis nur auf das Scheitern des Neuen Kurses, auf Verspätung und Deformierung von Nationalpolitik zutreffend zu charakterisieren. Gerade zeitliche Phasenverschiebung und scheinbar regellose Variantenbildung, Uneinheitlichkeit und Gegensätzlichkeit nationalpolitischen Geschehens bei den Südslawen¹⁹⁾ verdienen eine autonome Thematisierung. Es sind Gestaltungen möglicherweise „eigenen Rechts“, die zu einer Überprüfung aller Vorstellungen von großräumiger Gleichförmigkeit und politisch-kultureller Prägekraft des neuzeitlichen Modernisierungsprozesses Anlaß geben könnten.

Vor allem zeichnen sich bestimmte Grenzen des Nationalen ab, zu denen an dieser Stelle noch einige hypothetische Bemerkungen folgen sollen. Selbst

¹⁹⁾ Vgl. u. a. die Arbeiten von Walter Lukan, *Zur Biographie von Janez Evangelist Krek (1865–1917)*. 2 Bde. Diss. Wien 1984; Emanuel Turczynski, *Konfession und Nation*. Düsseldorf 1976; Srećko M. Džaja, *Konfessionalität und Nationalität Bosniens und der Herzegowina*. München 1984; Carole Rogel, *The Slovenes and Yugoslavism 1890–1914*. New York 1977; Janko Prunk, *Die slowenisch-kroatischen Beziehungen vor und im ersten Weltkrieg*, in: *Gesellschaft, Politik und Verwaltung in der Habsburgermonarchie 1830–1918*. Hrsg. von Ferenc Glatz und Ralph Melville. Budapest 1987, S. 305–326 und Caspar Heer, *Territorialentwicklung und Grenzfragen von Montenegro in der Zeit seiner Staatswerdung 1830–1887*. Bern et al. 1981.

im Vergleich zur „Rolle“ des Nationalen im zeitgenössischen Deutschmitteleuropa, besonders im Vergleich zu seiner Bedeutung als Element der „partiellen Modernisierung“ in Preußen-Deutschland seit den späten siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, scheint das Nationale im südslawisch-südosteuropäischen Bereich noch stärker von der Einbindung in den Gesamtzusammenhang des Modernisierungsprozesses, besonders der Fundamentalpolitisierung und der (National-)Staatsbildung, abgekoppelt zu sein. Mit anderen Worten: gegenüber der Funktion, Großgruppen zu mobilisieren, tritt im Kontext des Modernisierungsprozesses²⁰⁾ offensichtlich seine zweite, seine integrative Teilfunktion überproportional hervor. Gelöst aus der orientierenden, i. g. s. auch disziplinierenden Beziehung zu konkreten Vorgängen der (National-)Staatsbildung und der Ausformung von Strukturen innenpolitisch-gesellschaftlicher Selbstsetzung und wirtschaftlicher Modernisierung, wächst dem Nationalen, in seinen Varianten von kulturellem Zusammengehörigkeitsbewußtsein bis hin zum Extremismus der absolutgesetzten Nation, immer mehr die „Rolle“ eines Ersatzes für politisch-gesellschaftliche Modernisierung zu, in Ansätzen schon diejenige eines Instruments manipulativer Massensteuerung.

So deutlich ausgeprägt diese Tendenz eines antimodernistischen Funktionswandels im kroatischen Nationalismus seit *Starčević* und — auf andere Weise — im hegemonialen Element des serbischen Nationalismus auch war, sie konnte sich nicht ungehindert entfalten. Demselben Sachverhalt einer nur partiellen Übertragbarkeit des nationalen Prinzips als Mittel zur Organisation von Großgruppen im Südosten, entsprang als nationalpolitische Alternative der jugoslawistische Versuch, Formierung und Erhaltung nationaler Identität mit einem Minimum übernationaler Integration zu verbinden, die Vereinbarkeit plural-gleichberechtigter Identitätsbehauptung der südslawischen Völker mit einem Mindestmaß an politisch-gesellschaftlichem, u. U. auch staatlichem Zusammenleben zu erproben. Das jugoslawistische Experiment des Neuen Kurses, erwachsen letztlich aus Einsicht in Grenzen und Risiken des nationalen Prinzips unter den Bedingungen Südosteuropas, hat mit dem Beispiel zeitweiliger Annäherung serbischer und kroatischer Politik einen Weg gewiesen, dessen Bedingungen und Möglichkeiten in jeder Epoche eine neue Definition verlangen.

Es gibt — zumindest dies zeigt die Geschichte des südslawischen Zusammengehörigkeitsgedankens bei allem Schwanken seiner politischen Rele-

²⁰⁾ Grundlegende Vorarbeiten für eine systematische sozialgeschichtliche Untersuchung dieses Zusammenhangs enthält der von M. Gross herausgegebene Sammelband *Društveni razvoj u Hrvatskoj od 16. stoljeća do početka 20. stoljeća*. Zagreb 1981. Vgl. auch die neueren Jahrgänge der Zeitschriften *Radovi*, *Historijski Zbornik* und *Časopis za suvremenu povijest*.

vanz — eine historisch-langfristig gewachsene Disposition der „jugoslawischen“ Völker zu föderativen Formen des politisch-staatlichen Zusammenlebens. Alle Bestrebungen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, diese bloße Möglichkeit zu realisieren, wurden am Vorabend des Ersten Weltkrieges wie auch seit der Gründung des SHS-Staates zum einen durch die Dauerexistenz u. a. serbisch-kroatischer Spannungen, damit auch durch die Dauerkonkurrenz mehrerer egoistisch-aggressiver, zeitweise extremistischer Nationalisten behindert oder überlagert; zum anderen hat die niederlagenreiche Geschichte aller „jugoslawisch“-metanationalistischen Anstrengungen, den Zustand innersüdslawischer nationalistischer Dauerspannungen durch eine Art nationalpolitisch „offener“, jugoslawistischer Integration zu überwinden, sicherlich in der europäischen Tradition von Nationalstaatsbildung oder multinationaler Assoziierung auf kein erfolgverbürgendes Vorbild rechnen können. Jenseits der „klassischen“ Ordnungsprinzipien von Nationalstaat und Vielvölkerstaat ist unter den besonderen südslawisch-südosteuropäischen Bedingungen ein neues Verständnis des Nationalen, seiner Möglichkeiten und seiner Grenzen, zu suchen, das gleichermaßen das plurale Element nationaler Identitätsbildung und ein funktional notwendiges Mindestmaß an zentralistischer Autorität und nationaler Staatsbildung auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen hätte.

Es wäre nicht gerechtfertigt, den politisch-gesellschaftlichen Entwicklungsstand der kroatischen Länder im zeitlichen Vorfeld der Staatsbildung von 1918/1919 voll und ganz mit den Formeln von Stillstand und Deformierung begreifbar machen zu wollen. Vielmehr scheint Anlaß genug gegeben, erst einmal bestimmte stereotype Vorstellungen von großräumiger Gleichförmigkeit und politisch-kultureller Prägekraft „des“ neuzeitlichen Modernisierungsprozesses im regional-individuellen Detail zu überprüfen. Ebenso die Gleichsetzung von „Selbstverwirklichung“ nationaler Großgruppen mit autonomer (National-)Staatsbildung. Verzögerte und verzerrte Entwicklungen nationaler Integration, die gerade den kleinräumig-vielgestaltigen Südosten Europas vom frühen 19. Jahrhundert bis in unsere unmittelbare Gegenwart charakterisieren, sind möglicherweise als „legitime“, eigenständige Wege von Großgruppenexistenz und Staatsbildung aufzufassen, — als adäquater Ausdruck des jeweiligen außenpolitischen, wirtschaftlich-gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungs Zusammenhangs, nicht a priori als „falsche“ Entwicklung, als womöglich nur „von außen“ korrigierbare Fehlentwicklung.